



Inhalt

Einkommensrunde für Beschäftigte von Bund und Kommunen
[10,5 Prozent für den öffentlichen Dienst – „Das werden hammerharte Verhandlungen“](#)

eGovernment

[Vertrauensverlust in staatliche Leistungsfähigkeit](#)

Preise für Abschlussarbeiten

[Nachwuchskräfte im öffentlichen Dienst ausgezeichnet](#)

30 Jahre Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum

[Öffentlicher Dienst braucht Investitionen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen

[Energiepreispauschale für Versorgungsempfängerinnen und –empfänger](#)

Niedersachsen

[Landtagswahl: Impulse für öffentlichen Dienst erwartet](#)

Gewerkschaft Arbeit und Soziales (vbba)

[Arbeitsmarktrisiken: Arbeitsagentur soll personelle Ausstattung erhöhen](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Jürgen Böhm erhält Bundesverdienstkreuz für Stärkung der Bildung](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Mahnung an Kultusministerkonferenz wegen Temperaturen in Schulen](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV))

[Anspruchsvolle Nachqualifikation von Quer- und Seiteneinsteigern angemahnt](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde für Beschäftigte von Bund und Kommunen 10,5 Prozent für den öffentlichen Dienst – „Das werden hammerharte Verhandlungen“

dbb Chef Ulrich Silberbach erwartet schwere Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Die Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr Einkommen sei angesichts der volatilen Lage „mehr als gerechtfertigt“.

„Das werden hammerharte Verhandlungen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 11. Oktober 2022 bei der Vorstellung der gewerkschaftlichen Forderung für die am 24. Januar 2023 beginnende Einkommensrunde. „Die Stimmung in den Betrieben und Behörden des öffentlichen Dienstes war noch nie so schlecht. Veraltete Ausstattung, steigende Arbeitsbelastung, hohe Krankenstände, sinkende Motivation: Das sind alles Alarmzeichen. Umso dringender sind jetzt positive Impulse beim Thema Bezahlung.“ Das Verhandlungsergebnis müsse deshalb am Ende zweierlei sicherstellen: „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nehmen an der allgemeinen Einkommensentwicklung teil. Das ist ihr gutes Recht. Außerdem wird die Wettbewerbsfähigkeit des Staates als Arbeitgeber gesichert. Ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt, was für eine existentielle Herausforderung die Nachwuchsgewinnung für Bund und Kommunen geworden ist. Uns fehlen ja jetzt schon 360.000 Leute und diese Zahl wird schnell anwachsen.“

Warnungen der Arbeitgeber im Vorfeld, dass die Finanzlage des Staates keine Einkommensverbesserung für die Beschäftigten zuließe, wies der dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, zurück: „Dieses Mantra wird durch ständige Wiederholung nicht richtiger. Das Gegenteil stimmt: Wenn wir jetzt nicht in den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten investieren, bedeutet das nicht nur massive Reallohnverluste für die Kolleginnen und Kollegen, sondern auch eine nachhaltige Beschädigung der für die Überwindung der aktuellen Doppelkrise so wichtigen kritischen Infrastruktur Staat.“

Die Kernforderungen:
Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro
Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantentgelte um 200 Euro
Laufzeit 12 Monate

Zuvor hatte der dbb Chef Silberbach bereits auf die Bedeutung der Einkommensrunde für die Personalgewinnung hingewiesen. Mit Blick auf die Bezahlung im öffentlichen Dienst sagte

der dbb Bundesvorsitzende im Interview mit der „Rheinpfalz“ (Ausgabe vom 11. Oktober 2022): „Nehmen Sie das Bürgergeld. Eine Familie mit zwei Kindern erhält dadurch in Zukunft 1619 Euro. Dazu werden Miete und Heizkosten bezahlt – zwei Faktoren, die sich derzeit finanziell horrend bemerkbar machen. Ein Beschäftigter in der Einkommensgruppe A7, also mittlerer Dienst, kommt mit zwei Kindern brutto auf rund 3000 Euro, wovon noch die Krankenversicherung und die Steuer abgehen. Letztlich beträgt die Differenz zum Bezieher des Bürgergelds knapp 400 Euro – wovon er aber noch Wohnung und Heizung selbst bezahlen muss. Da stimmt etwas nicht, wenn wir Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gleichstellen mit Beziehern von Bürgergeld. Mir geht es hier nicht darum, Sozialneid zu schüren. Das Bürgergeld ist der richtige Ansatz, aber die Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen auch richtig bezahlt werden.“

Der Personalmangel sei jetzt schon enorm, betonte Silberbach: „Wir haben zu wenig Personal, die Beschäftigten kommen mit ihrer Arbeit nicht mehr nach. Wenn die öffentlichen Arbeitgeber jetzt versuchen, weitere Sparrunden zu fahren, verlieren wir jede Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb muss bei den Einkommen nachgelegt werden.“ Erschwerend komme hinzu, dass es weiterhin in der Fläche nicht genug Stellenzuwächse gegeben habe: „Der Bund hat beim Personal aufgestockt, etwa bei der Bundespolizei. In den Ländern sieht das anders aus. Wir haben gerade eine Grundsteuerreform, die in den Finanzämtern umgesetzt werden muss. Wenn man sich dann anschaut, wie die Personalsituation und die technische Ausstattung in diesen Ämtern ist, wird einem angst und bange. Die Kolleginnen und Kollegen bekommen permanent neue Aufgaben und sind gar nicht mehr in der Lage, diese zu bewältigen, weil sie noch einen Berg an Altlasten vor sich herschieben.“

Außerdem hat der dbb Bundesvorsitzende bereits klargestellt, dass er in der Einkommensrunde auf dauerhafte Gehaltssteigerungen statt Einmalzahlungen setzt. „Mit den Arbeitgebern haben wir auch die Frage zu klären, wie

wir mit den im Raum stehenden Sonderzahlungen von bis zu 3000 Euro umgehen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 9. Oktober 2022 gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Die Bundesregierung hatte den Sozialpartnern in Aussicht gestellt, dass der Staat auf Steuern und Abgaben verzichtet, wenn sie sich auf solche Sonderzahlungen einigen. „Einmalzahlungen sehen wir kritisch, weil wir einen langfristigen Inflationsausgleich brauchen, der in den Einkommenstabellen greift.“ Als ergänzendes Instrument wolle er die Möglichkeit von solchen Sonderzahlungen aber auch nicht gänzlich ausschließen.

Die Stimmung bei vielen Mitgliedern der dbb Fachgewerkschaften sei aktuell gerade angesichts der steigenden Energiepreise aufgeheizt und sorgenvoll, machte Silberbach deutlich. „Wenn wir uns im Frühjahr nicht auf eine vernünftige Lösung verständigen, wäre das echter sozialer Sprengstoff.“ Hinsichtlich der Rettungsaktionen des Staats für Unternehmen in der gegenwärtigen Gas- und zuvor in der Corona-Krise unterstrich der dbb Bundesvorsitzende, es erzeuge „eine gefährliche Schiefelage“, wenn der Staat marode Unternehmen rette, aber seine eigenen Beschäftigten finanziell nicht ausreichend ausstatte. „Schon heute haben zwei Drittel der Menschen kein Vertrauen mehr in den Staat“, sagte Silberbach unter Verweis auf die dbb Bürgerbefragung von Anfang September.

Die dbb jugend begrüßte die beschlossenen gewerkschaftlichen Forderungen und mahnt die Arbeitgeber ebenfalls, Nachwuchsgewinnung in dieser Einkommensrunde ernst zu nehmen. „Wir befinden uns inmitten mehrerer Krisen. Die Inflation und drohende Rezession

trifft zunehmend junge Leute, die sich um die Sicherheit ihrer Zukunft sorgen. Auch sie müssen die steigenden Preise zahlen, obwohl ihnen meist wesentlich weniger Geld für ihre Lebenshaltungskosten zur Verfügung steht. Eine Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantentgelte um 200 Euro sowie die unbefristete garantierte Übernahme sind daher mehr als angemessen“, sagte dbb jugend Chef Matthäus Fandrejewski am 11. Oktober 2022. In den nächsten Jahren werden zudem immer mehr Beschäftigte den öffentlichen Dienst altersbedingt verlassen. Um Nachwuchskräfte rechtzeitig zu gewinnen, sei sofortiges Handeln erforderlich, appellierte Fandrejewski: „Die Arbeitgeber müssen endlich einsehen, dass uns die Zeit davonläuft. Wir brauchen mehr junge Leute und die bekommen wir nur, wenn wir den öffentlichen Dienst attraktiver gestalten. Unsere Forderungen sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung.“

Hintergrund:

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind insgesamt über 2,5 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen: Fast 1,6 Millionen Arbeitnehmende des Bundes und der Kommunen und weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat, sowie Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Studierende in ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen und auch knapp 190.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Anwärterinnen und Anwärter sowie über 500.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Mittelbar hat die Einkommensrunde auch Auswirkungen für weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes (Bspw. Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Rentenversicherung).

eGovernment

Vertrauensverlust in staatliche Leistungsfähigkeit

Digitalisierungsmängel lassen das Vertrauen der Menschen in die staatliche Leistungsfähigkeit zunehmend schwinden, bestätigt nach dem dbb nun auch die Initiative D21.

Der eGovernment MONITOR der Initiative D21, das große deutsche Digitalisierungsnetzwerk von Politik, Wirtschaft und Verwaltung, untersucht seit 2010 den Fortschritt der digitalen Transformation in Verwaltung und Staat. In diesem Jahr wurde erstmalig das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die staatliche Leistungsfähigkeit abgefragt. „Die Ergebnisse

decken sich mit denen unserer aktuellen dbb Bürgerbefragung – das Vertrauen der Bevölkerung in die staatliche Leistungsfähigkeit ist auf einem Tiefstand. Wenn nur noch 23 Prozent der Befragten glauben, dass der Staat gravierende Krisen gut meistern kann, müssen bei den politischen Verantwortlichen alle Alarmglocken angehen. Wir brauchen dringend einen

Modernisierungs- und Investitionsschub für den öffentlichen Dienst, um aktuelle und künftige Herausforderungen meistern zu können. Schon heute fehlen Bund, Ländern und Kommunen 360.000 Beschäftigte“, kommentierte dbb Chef Ulrich Silberbach die Ergebnisse des aktuellen eGovernment MONITOR am 12. Oktober 2022 in Berlin.

Die Studie der Initiative D21, in der auch der dbb Mitglied ist, zeigt, dass die Befragten dem Staat insbesondere bei der Digitalisierung nicht mehr viel zutrauen. In Deutschland glaubt nur noch ein Viertel der Bevölkerung, dass der Staat alle Verwaltungsleistungen in absehbarer Zeit online anbieten wird, obwohl die Frist zur OZG-Umsetzung bald abläuft. „Bei der Digitalisierung der Verwaltung hat der Staat viel Vertrauen verspielt. Bund, Länder und Kommunen sind meilenweit davon entfernt, wie geplant alle 575 Leistungen aus dem Onlinezugangsgesetz bis zum Jahresende in der Fläche und vollständig digital anbieten zu können. Die Er-

wartungen der Bevölkerung als auch der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind immens, dass jetzt endlich Fortschritte bei der Digitalisierung erzielt werden“, machte der dbb Bundesvorsitzende deutlich. Fehlende oder schlecht umgesetzte digitale Verwaltungsleistungen und eine mangelhafte Digitalisierung im Bildungsbereich stellten langfristig eine Gefahr für die Akzeptanz von Verwaltung und Staat dar, warnte Silberbach. „Der Fleiß und Einsatz der Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst kann über viele strukturelle Probleme nicht hinwegtäuschen. Der Vertrauensverlust in die staatliche Leistungsfähigkeit ist ein Resultat der jahrzehntelangen Sparpolitik auf Kosten von Behörden, Verwaltung und Infrastruktur. Um substanzielle Fortschritte bei der Digitalisierung des Staates zu erreichen, muss dringend in eine bessere Sach- und Personalausstattung investiert werden. Außerdem muss das Kompetenz- und Verantwortungsdurcheinander zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bei der Digitalisierung endlich ein Ende haben“, forderte der dbb Chef.

Preise für Abschlussarbeiten

Nachwuchskräfte im öffentlichen Dienst ausgezeichnet

In diesem Jahr wurden erneut die besten Abschlussarbeiten an den Hochschulen für den öffentlichen Dienst mit einem vom dbb gestifteten Preis ausgezeichnet.

Der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb Friedhelm Schäfer würdigte die Gewinnerinnen bei der Preisverleihung am 12. Oktober 2022: „Sie stellen die richtigen Fragen. Neue Fragen aus anderen Blickwinkeln. Fragen, die vielleicht auch ein bisschen unbequem sind. Aber auf solche Fragen kommt es an, um den öffentlichen Dienst zukunftsfähig zu gestalten. Die Themen Ihrer Arbeiten beweisen anschaulich, dass Ihr frischer Blick, Ihr Wissen und Ihre Kompetenzen eine große Bereicherung für den öffentlichen Dienst sind.“

Die Preisträgerinnen:

1. Platz:

- Denise Bressau mit „Blended Learning-Szenarien zur Einarbeitung neuer Fallmanager am Beispiel des KreisJob-Centers Marburg-Biedenkopf“ (Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit Wiesbaden)

2. Platz:

- Sabrina Maria Mistler mit „Das Phänomen Cybergrooming auf Gaming-Plattformen - Erarbeitung eines Präventionsvideos für Kinder“ (Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz)
3. Platz (dieses Jahr zwei Mal vergeben):
- Muriel Grund mit „Frustration junger Führungskräfte – Analyse der Arbeitszufriedenheit von jungen Führungskräften bei der Schutzpolizei“ (Hochschule für Polizei Baden-Württemberg)
- Franziska Bäuerle mit „Teilprivilegierung von Bauvorhaben gemäß § 35 IV BauGB mit besonderer Betrachtung des Bestandsschutzes“ (Hochschule Ludwigsburg)

Die Auszeichnung der besten Abschlussarbeiten durch den dbb erfolgt jährlich bei der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst. In diesem Jahr fand die Preisverleihung an der Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Gotha statt, zu Gast war unter anderem Johann Saathoff, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern. dbb Vize Schäfer

sagt mit Blick auf das Wirken der Rektorenkonferenz: „Im Kampf gegen den Fachkräftemangel ist der öffentliche Dienst auf Ihre Arbeit angewiesen. Mit 40 Hochschulen und über 60.000 Studierenden leisten die Hochschulen des öffentlichen Dienstes einen ganz entschei-

denden Beitrag zur Nachwuchskräfte-sicherung. Ihr Engagement zeichnet sich durch seine Vielfalt aus: die Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten, der Wissenstransfer und die zunehmende angewandte Forschung sind dabei nur einige Beispiele.“

30 Jahre Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum Öffentlicher Dienst braucht Investitionen

Der dbb Chef hat seine Forderungen bekräftigt, im öffentlichen Dienst keine weiteren Einsparungen vorzunehmen, sondern ihn gerade in der Krise zu stärken.

„Die steigenden Energiepreise, die Inflation und die umfangreichen staatlichen Förderprogramme schlagen in den öffentlichen Haushalten zu Buche. Doch bereits die letzte Krise hat verdeutlicht, wie wichtig ein starker öffentlicher Dienst ist. Deswegen darf jetzt nicht an der falschen Stelle gespart werden“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 12. Oktober 2022 in Meißen bei der Festveranstaltung zum 30-jährigen Jubiläum der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege und Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen.

„Der öffentliche Dienst hat sich gerade in dieser Zeit als Stabilisator erwiesen hat. Er ist es jedenfalls dann, wenn er nicht mangels Personal und Ausstattung funktionsunfähig wird, wie das leider in einzelnen Bereichen schon ansatzweise der Fall ist. Diesem für unser demokratisches Zusammenleben gefährlichen Trend gilt es entschieden entgegenzuwirken“, machte Silberbach deutlich. Die diesjährige dbb Bürgerbefragung habe ergeben, dass der Staat insgesamt bereits an Ansehen verliert. „Wenn rund zwei Drittel der Bundesbürger derzeit staatliche Akteure und Institutionen als handlungsunfähig einstufen, dann ist das mehr als alarmierend.“

Um sich zukünftig besser im Wettbewerb um Nachwuchskräfte durchsetzen, müssten alle Gebietskörperschaften ihre Personalgewinnungsstrategien nachhaltig ausweiten. „Es muss mehr getan werden, um junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Zum einen müssen die Ausbildungskapazitäten der Verwaltungshochschulen dringend erhöht werden. Das alleine wird aber nicht reichen, der Staat muss auf potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten bestenfalls schon in den Schulen und Universitäten zugehen und offensiv für sich als Arbeitgeber werben“, forderte der dbb Chef. „In der öffentlichen Wahrnehmung dominieren immer noch tradierte Vorstellungen über verstaubte, schwerfällige und streng bürokratische Amtsstuben. Diese Vorstellungen sind längst überholt, wir müssen die eigene Attraktivität, die Stärken und Vorteile einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst wieder stärker herausstellen. Wir plädieren hier seit langem für eine einheitliche Arbeitgebermarke „Öffentlicher Dienst“, die alle Dienstherrn und Arbeitgeber nutzen sollten, um für eine Karriere in ihren Institutionen zu werben.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen

Energiepreispauschale für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

Der dbb Hessen begrüßt den im Parlament eingebrachten Gesetzentwurf, nun auch den hessischen Versorgungsempfängern eine Energiepreispauschale von 300 Euro zu gewähren.

„Damit wird das Klaffen einer weiteren Gerechtigkeitslücke vermieden“, sagt der Landesvorsitzende Heini Schmitt am 12. Oktober 2022. „Wir freuen uns, dass die Fraktionen des Landtags unsere Forderung aufgreifen, die wir per

Schreiben an den Innenminister gerichtet hatten.“ Auch Hannelore Andree, Vorsitzende der Seniorenvertretung des dbb Hessen, freut sich. „Wir sehen uns bestätigt und freuen uns über das Ergebnis.“

Niedersachsen

Landtagswahl: Impulse für öffentlichen Dienst erwartet

Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion (NBB) hat insbesondere die voraussichtlichen Regierungsparteien von SPD und Grünen zu ihren Wahlergebnissen beglückwünscht und erwartet gleichzeitig von den Sondierungsgesprächen und möglichen Koalitionsverhandlungen klare Impulse für einen leistungsstarken öffentlichen Dienst.

Der NBB gratulierte außerdem den in den Niedersächsischen Landtag gewählten Abgeordneten und wünscht ihnen Erfolg und Mut bei ihrer zukünftigen Arbeit. Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender des NBB, erklärte am 9. Oktober 2022: „Die designierten Regierungsparteien müssen nach unserer Auffassung bereits frühzeitig den Menschen in diesem Land ihre Leitlinien für die kommenden fünf Jahre der neuen Legislaturperiode deutlich machen und endlich die vorrangigsten Probleme in Niedersachsen angehen. Hierzu gehört unter anderem die Frage, wie dem bereits aktuell spürbaren demografischen Wandel begegnet werden soll.“

Beide Parteien haben in ihren jeweiligen Regierungsprogrammen und Wahlprüfsteinen gegenüber dem NBB ihren Willen zur Fortentwicklung und Attraktivitätssteigerung eines leistungsstarken öffentlichen Dienstes betont. Wesentliche Bausteine sind dabei aus Sicht des NBB eine nachhaltige finanzielle Besserstellung aller Beschäftigten. Gleichzeitig erwar-

tet der NBB von einer zukünftigen neuen Landesregierung jedwede mögliche Anstrengung, um deutlich mehr Nachwuchskräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und dabei insbesondere die kommunalen Bereiche nicht zu vernachlässigen, sondern nachhaltig zu stärken.

Die Ankündigungen und Versprechen aus dem Landtagswahlkampf müssen in Vorbereitung auf einen zu erwartenden Koalitionsvertrag mit klaren Inhalten gefüllt werden. „Die Menschen im öffentlichen Dienst in Niedersachsen dürfen, auch angesichts der immer weiter zunehmenden Krisensituationen, nicht erneut von einer Landesregierung so enttäuscht werden, wie es in den vergangenen Legislaturperioden leider viel zu häufig der Fall war“, so Zimbehl. „Wir erwarten, dass die zukünftige Landespolitik angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre die Bedeutung und Wichtigkeit des öffentlichen Dienstes in all seinen Tätigkeitsfeldern endlich erkennt und ihr Regierungshandeln genau darauf ausrichtet.“

Gewerkschaft Arbeit und Soziales (vbba)

Arbeitsmarktrisiken: Arbeitsagentur soll personelle Ausstattung erhöhen

Weil mehrere Wirtschaftsforschungsinstitute Deutschland und Europa vor einer gravierenden Rezession mit entsprechenden Arbeitsmarktrisiken sehen, fordert die vbba mehr Personal für die Bundesagentur für Arbeit (BA).

Die Sorgen und Risiken hinsichtlich Wirtschaft und Arbeitsmarkt seien im Vergleich zur "Corona-Hochphase" weitaus größer. Das Bundesarbeitsministerium sieht sogar die Notwendigkeit, den erleichterten Zugang zur Kurzarbeit erneut zu verlängern. Deshalb hat sich der vbba-Bundesvorsitzender Waldemar Dombrowski an Katrin Krömer gewandt, die kürzlich im BA-Vorstand die Verantwortung für Ressourcen übernommen hat. Er wies darauf hin, dass der Bereich „Operativer Service“ bereits mit dem anspruchsvollen Abarbeiten der Abschlussprüfungen im Zusammenhang mit den Folgen der Corona-Pandemie voll ausgelastet ist. Der erwartete starke Zuwachs bei den Kurzarbeitergeld-Anträgen werde mit dem vorhandenen Personal nicht zu bewältigen sein.

Dombrowski ergänzte: „Wir werden die gesetzlich verankerten Orientierungs-, Beratungs- und Integrationsaufgaben gerade in dieser schwierigen Zeit im Interesse der Menschen und Betriebe sicherzustellen haben. Eine faktische Reduzierung wesentlicher Aufgaben – wie dies während des Lockdowns wegen der Unterstützung des Kurzarbeitergeld-Bereiches geschehen musste – wäre kontraproduktiv und nicht vermittelbar.“ Die vbba appelliert daher an Politik, Verwaltungsrat und BA-Vorstand, die personelle Ausstattung in dieser historischen Krisensituation entsprechend zu erhöhen. Man habe bereits vor einigen Wochen auf die enormen Belastungen der Jobcenter angesichts Fluchtmigration und Umstellung auf das Bürgergeld hingewiesen.

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

Jürgen Böhm erhält Bundesverdienstkreuz für Stärkung der Bildung

Der VDR Bundesvorsitzende und dbb Vize Jürgen Böhm ist mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

Die Verleihung erfolgte am 7. Oktober 2022 bei der 70-Jahrfeier des Bayerischen Realschullehrerverbands (brlv) durch den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder. Vergeben wird die Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland vom Bundespräsidenten.

Böhm erhielt damit hohe Anerkennung für sein herausragendes bundesweites Engagement für die Bildung. Der VDR Bundesvorsitzende setzt sich hierbei besonders für eine differenzierte Bildung ein, die den individuellen Bedürfnissen jedes einzelnen jungen Menschen gerecht wird. Besonders die Realschule mit ihrem

ausgewogenen Angebot an Theorie und Praxis, einer außergewöhnlichen Werte- und Demokratieerziehung und einer realitätsnahen Alltagsbildung stehen dabei im Fokus von seinen Bemühungen.

Weiterhin wird damit sein Engagement bei der Stärkung der Digitalisierung und der ökonomischen Bildung in ganz Deutschland gewürdigt. „Ich nehme diese Ehrung natürlich auch für meine Kolleginnen und Kollegen entgegen, die tagtäglich – auch teilweise unter schwierigen Rahmenbedingungen – um beste Bildung kämpfen“, so Böhm.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Mahnung an Kultusministerkonferenz wegen Temperaturen in Schulen

Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann hat angesichts der Äußerungen des Präsidiums der Kultusministerkonferenz (KMK) bezüglich der Temperaturen in Schulen im Winter und Herbst zu Vorsicht gemahnt.

„Wir begrüßen, dass sich die Kultusminister:innen der Länder dazu bekannt haben, dass Schulen auch bei einer möglichen Gasknappheit nicht geschlossen und angemessen geheizt werden sollen. Es bleibt allerdings die Frage offen, wie pandemiebedingtes Lüften zur Minderung der Infektionsgefahr im Herbst und Winter und eine für ein angemessenes Lernsetting notwendige Temperatur angesichts drohender Engpässe in Einklang zu bringen sind“, so Beckmann am 7. Oktober 2022.

Auch der VBE sei der Auffassung, dass Distanz- und Wechselunterricht weitestgehend vermieden werden müssen. „Wer jetzt allerdings verspricht, dass Schulschließungen und Distanzunterricht nicht mehr zu den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie gehören werden, muss die Frage beantworten, wie dies angesichts des dramatischen Personalmangels und einem erwartbaren Anstieg der Infektionszahlen unter Lehrkräften eingelöst werden soll. Bereits zu Schuljahresbeginn kam es in

einigen Bundesländern dazu, dass Lerngruppen in den Distanzunterricht geschickt wurden, da die bestehende dünne Personaldecke durch Erkrankungen so weit reduziert wurde, dass ein Unterrichtsangebot in Präsenz nicht mehr möglich war. Ich kann nur davor warnen, dass die Politik vor allem bei den Eltern falsche Erwartungen weckt, weil dies zu Konflikten zwischen Eltern und Lehrkräften führen wird. Anstatt trügerische Sicherheit zu suggerieren, ist es die Verantwortung der Politik, Eltern auf erwartbare Einschränkungen vorzubereiten. Die Erfahrungen aus den letzten Monaten zeigen, dass sich offene Schulen trotz hohen Krankenstandes nicht realisieren lassen, ohne bestehende Bildungsangebote noch weiter zusammenzuziehen. Die Auffassung von Frau Prien (Anm. d. Red.: KMK-Präsidentin und Bildungsministerin von Schleswig-Holstein), dass die Schulen gut auf Herbst und Winter vorbereitet sind, decken sich nicht mit den Meldungen, die uns derzeit aus den Ländern erreichen.“

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Anspruchsvolle Nachqualifikation von Quer- und Seiteneinsteigern angemahnt

Der DPhV hat die Kultusministerinnen und -minister der Länder dringend dazu aufgefordert, im Kampf gegen den Lehrkräftemangel nicht das Niveau bei der Nachqualifikation von Quer- und Seiteneinsteigern zu senken.

„Es ist Zeit für die KMK (Anm. d. Red.: Kultusministerkonferenz), die Wahrheit zu sagen: Die Schulen müssen mit temporärem Unterrichtsausfall rechnen. Aber um die aktuellen Lücken zu stopfen, dürfen die Mindeststandards bei der Nachqualifizierung der Lehrkräfte nicht gesenkt werden. Zukünftige Schülergenerationen dürfen nicht benachteiligt werden“, erklärt die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing am 6. Oktober 2022.

Zu den Mindeststandards, die der DPhV einfordert, gehören: Lehrkräfte dürfen erst nachqualifiziert werden, wenn sie einen akademischen Abschluss haben. Keine Verbeamtung auf Lebenszeit ohne Staatsexamen oder Master.

Diese Kriterien würden im neuen Nachqualifikations-Modell von Brandenburg und in der regulären Lehrkräfteeinstellung in Mecklenburg-Vorpommern nicht eingehalten. Der DPhV kritisiert dies und ruft zur Einhaltung der genannten Mindeststandards auf.

Lin-Klitzing: „Wir erwarten eine Orientierung der Kultusministerkonferenz an existierenden und mehrjährig wissenschaftlich positiv evaluierten Modellen, wie es das BQL-Modell in Dresden ist. Hier wird eine anspruchsvolle universitäre Nachqualifikation plus Referendariat parallel zur Berufstätigkeit umgesetzt. Das zeigt verantwortliches Handeln über nur ‚Schnell-die-Lücken-stopfende-Modelle‘ hinaus.“

An die Kultusministerinnen und -minister der Länder appelliert die DPhV-Vorsitzende darüber hinaus: „Stellen Sie zusätzlich nicht-pädagogisches Personal für Verwaltungsaufgaben und IT ein, entbürokratisieren Sie den Schulalltag von Lehrkräften und zwingen Sie keine Lehrkräfte, schulartfremd zu unterrichten, um Lücken zu stopfen. Der Staat muss sicherstellen, dass das Niveau jeder Schulart durch für sie ausgebildete Lehrkräften erhalten bleibt

und nicht, dass Lehrkräfte schulartfremd Kinder und Jugendliche betreuen.“

Der „Schweinezyklus“, der periodische Wechsel von Mangel und Überschuss an Lehrkräften, müsse endlich durch kontinuierliche Einstellungen über Bedarf durchbrochen werden, fordert der Verband, der die Lehrkräfte an Gymnasien und zum Abitur führenden Schulen vertritt.

Namen und Nachrichten

Der Vorsitzenden der **dbb jugend**, Matthäus Fandrejewski, wurde am 10. Oktober 2022 in den Vorstand der Europäische Bewegung Deutschland (EBD) gewählt. Dort folgt Fandrejewski auf Kirsten Lühmann, die den dbb dort über viele Jahre vertreten hat. Das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland ist der maßgebliche Ort für verbandsübergreifende Europaarbeit und eine feste Größe in der deutschen Europapolitik. Als Sprecher der Jugendorganisation der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI) ist Fandrejewski bereits seit einigen Jahren auf europäischer Ebene politisch aktiv. „Gemeinsam mit

den anderen Vorständen möchte ich dazu beitragen, dass aus Deutschland konstruktive Beiträge für eine handlungsfähige Europäische Union kommen. Unerlässlich ist dafür auch mehr Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, vermittelt durch die organisierte Zivilgesellschaft“, erklärte Fandrejewski. „Als junger Gewerkschafter sind mir natürlich insbesondere das soziale Europa, wirtschaftspolitische Fragen sowie der Klimaschutz ein Anliegen. Gerade jetzt in Krisenzeiten ist es von enormer Relevanz, dass wir keine Spaltung zulassen – nicht in unserer Gesellschaft und nicht zwischen den EU-Mitgliedsstaaten.“

Termine:

27. - 30. November 2022, Berlin
dbb Gewerkschaftstag 2022

Weitere Informationen unter <https://www.dbb.de/gwt2022>.

9. – 10. Januar 2023, Köln
dbb Jahrestagung 2023
Weitere Informationen folgen.

24. Januar 2023,
1. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen
Weitere Informationen folgen.

22. - 23. Februar 2023,
2. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen
Weitere Informationen folgen.

28. - 30. März 2023,
2. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen
Weitere Informationen folgen.